Unsichere Lage

Autor(en): **Jenni, Peter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **96 (2021)**

Heft 5

PDF erstellt am: **23.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-977129

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Unsichere Lage

Der Bundesrat veröffentlichte am 29. April 2021 einen in periodischen Abständen erscheinenden Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz. Er stellt darin fest, dass sich die internationale Lage teilweise verschärft habe. An den Grenzen von Europa habe sich die Lage teilweise verschlimmert. Die Regierung zeigt im Bericht auf, wie sich diese Situation negativ auf die Sicherheitspolitik des Landes auswirkt.

Peter Jenni

Bild: Mil.ru

China und Russland gewinnen zunehmend an Einfluss.

Der neue Bericht legt die Stossrichtung der Schweizer Sicherheitspolitik für die kommenden Jahre fest. In Zukunft soll diese Beurteilung der Lage nur noch einmal pro Legislatur veröffentlicht werden. Das eingeleitete Vernehmlassungsverfahren zum neuen Bericht dauert bis am 18. August 2021. Vor Ende 2021 wird die definitive Fassung vom Bundesrat verabschiedet und an das Parlament überwiesen.

Gefahren

Die USA haben in den letzten Jahren ihre Führungsrolle teilweise aufgegeben. Dies habe dazu geführt, dass vor allem China und Russland versuchten, ihren Einfluss zu vergrössern. Die EU hätte das Potential, um global Einfluss zu nehmen. Es sei aber unklar, wie weit es ihr «gelingen wird, dieses auszuschöpfen.» Parallel sinke die Handlungsfähigkeit der internationalen Sicherheitsorganisationen wie der UNO und der OSZE.

Diese hauptsächlichen Faktoren erhöhen die Instabilität und die vorhandenen Spannungen sowie das Risiko von bewaffneten Konflikten.

Gefahren drohen aber auch von den neuen Technologien, die immer schneller entwickelt und eingesetzt würden.

Die wachsenden Datenmengen können erfasst, verknüpft und verfügbar gemacht werden. Sie werden von staatlichen und privaten Kriminellen immer wieder für missbräuchliche Vorhaben eingesetzt und bedeuten für staatliche Organisationen und private Firmen eine zunehmende Bedrohung. Schliesslich stellt der Bundesrat fest, dass der laufende Wandel individueller und kollektiver Verhaltensweisen auch sicherheitspolitisch relevant sei. Diese Entwicklung fördere die gesellschaftliche Fragmentierung und die Polarisierung sowie das Risiko von politischer Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus.

Bild: US Airforce

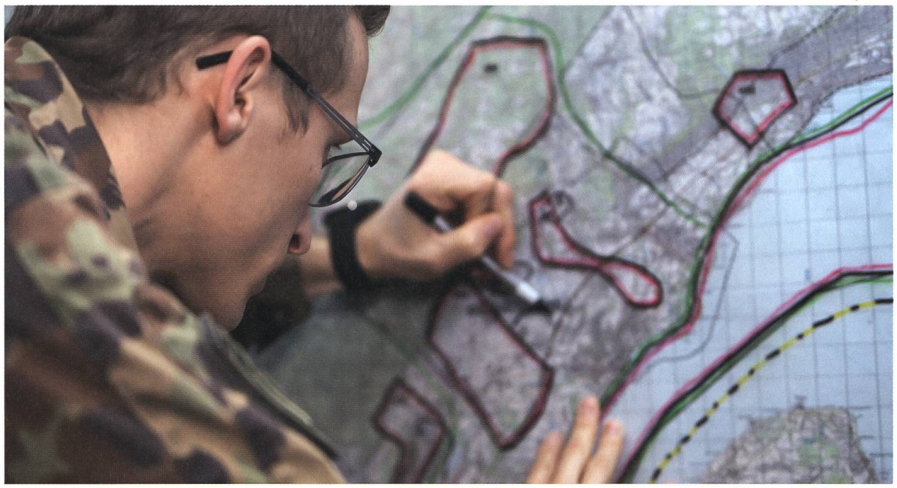
Parallel sinkt die Handlungsfähigkeit der internationalen Sicherheitsorganisationen wie der UNO und der OSZE.

Ziele der Sicherheitspolitik

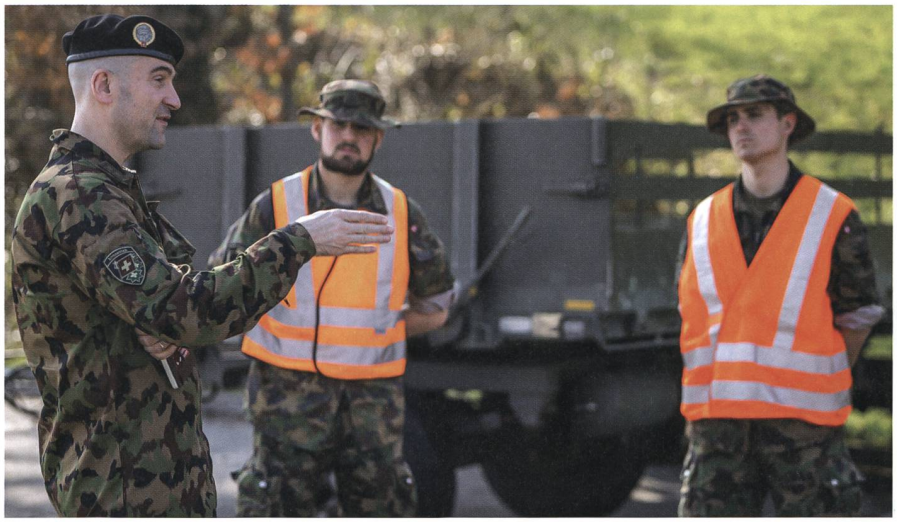
Der Bericht zeigt auf, welche sicherheitspolitischen Interessen und Ziele unser Land habe und wie diese umgesetzt werden sollen. Es werden folgende Ziele definiert, die in den nächsten Jahren verfolgt werden sollen:

Kooperation und Neutralität: Der Kerninhalt der Neutralität bedeutet, dass keine Partei in einem bewaffneten Konflikt unterstützt wird. Die Schweiz ist international aber stark vernetzt und will mit allen Staaten gute Beziehungen pflegen.

Sicherheitspolitik ist eine Verbundaufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden.



Des Weiteren sollen die Fähigkeiten der Früherkennung von Bedrohungen, Gefahren und Krisen gestärkt und die internationale Zusammenarbeit, Stabilität und Sicherheit gefördert werden.



Bilder: VBS

Die Erfahrungen in der Bekämpfung der Pandemie haben gezeigt, dass alle sieben Departemente, die Kantone und die Gemeinden zusammenarbeiten müssen.

Demokratie, Respektierung des Völkerrechts und Rechtsstaatlichkeit: Die Schweiz setzt sich für die Einhaltung des internationalen Rechts ein. Dazu gehören auch das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte.

Föderalismus und Subsidiarität: Sicherheitspolitik ist eine Verbundaufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden. Alle drei Ebenen sind wichtig, wobei die Subsidiarität einen zentralen Pfeiler bildet.

Miliz und Dienstpflicht: Das Schweizer System baut auf dem Milizprinzip auf. Kaderfunktionen können auch von Angehörigen der Miliz übernommen werden. Wichtig: Das Dienstpflichtsystem muss dafür sorgen, dass die Armee, der Zivilschutz, der Zivildienst und teilweise auch die Feuerwehr über das erforderliche Personal verfügen.

Des Weiteren sollen die Fähigkeiten der Früherkennung von Bedrohungen, Gefahren und Krisen gestärkt und die internationale Zusammenarbeit, Stabilität und Sicherheit gefördert werden. Eine verstärkte Ausrichtung auf hybride Konfliktführung soll stattfinden, die öffentliche politische Diskussion soll in der Schweiz gestützt auf Fakten und ohne Desinformation erfolgen sowie der Schutz vor Cyberbedrohungen verbessert werden.

Terrorismus, gewalttätiger Extremismus und die transnationale Kriminalität sollen verhindert, die Versorgungssicherheit des Landes bei internationalen Krisen verbessert, die Regenerationsfähigkeit nach Katastrophen und Notlagen gestärkt und schliesslich die Zusammenarbeit zwischen den Behörden weiter verbessert werden.

Umsetzung

Es versteht sich, dass für die Umsetzung dieser Zielsetzungen alle sieben betroffenen Departemente, die Kantone und die Gemeinden gefordert sind. In der Vergangenheit herrschte vor allem auf diesem Gebiet eine Schwachstelle. Der zivile Teil der eidgenössischen Verwaltungen fühlte sich häufig, wenn eine Übung anberaumt war, nur halbherzig betroffen. Man überliess das ernsthafte Mitmachen dem VBS. Die Erfahrungen der Zusammenarbeit in der Pandemie haben erneut den Mangel an Koordination sichtbar gemacht. Jetzt sind die entsprechenden Lehren zu ziehen. ✚